

Betreff: Kommunalwahl 2026: Wahlprüfsteine für ADFC Wahl-o-Rad - KREIS

Sehr geehrte politische Vertreterinnen und Vertreter,

der ADFC setzt sich deutschlandweit seit vielen Jahren für eine fahrradfreundliche und nachhaltige Mobilität ein.

Im Vorfeld der hessischen Kommunalwahl 2026 möchten wir auch hier im Odenwald den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit geben, mehr über die Positionen der Parteien und Listen zur Förderung des Radverkehrs zu erfahren.

Dazu haben wir 14 Wahlprüfsteine aufgelistet, die wir mit Ihren Antworten gerne im bekannten Wahl-o-Mat-Format als interaktive Webseite unter dem Namen „Wahl-o-Rad“ veröffentlichen möchten.

Für Sie und Ihre Partei ist der Wahl-o-Rad des ADFC eine gute Gelegenheit, sich der Öffentlichkeit und insbesondere den zahlreichen Radfahrerinnen und Radfahrern im Odenwaldkreis zu präsentieren. Beim letzten ADFC-Fahrradklimatest 2024 zeigte 1 % der Odenwälder Bevölkerung starkes Interesse an der Fahrradsituation vor Ort. (Eine überdurchschnittliche Teilnahmequote zum bundesweiten Durchschnitt von 0,3 %.)

Wir planen ab Januar medial auf den Wahl-o-Rad hinzuweisen.

Ihre Begründungen werden wir unverändert veröffentlichen, um den Wählerinnen und Wählern eine transparente Grundlage für ihre Wahlentscheidung zu bieten. Wir behalten uns allerdings vor, z.B. bei zu starken inhaltlichen Einschränkungen in den Begründungen im Vergleich zur gewählten Position mit einer Anpassung (z.B. von „Zustimmung“ auf „Enthaltung“) zu kennzeichnen.

Falls Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir bitten Sie, uns Ihre Positionen (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung) inkl. ihrer kompakten Begründungen zu unseren nachfolgenden Wahlprüfsteinen bis zum Montag, den 19. Januar 2026 an vorstand@adfc-odenwaldkreis.de zurückzusenden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Bemühungen!

Ein frohes Fest! Mit freundlichen Grüßen

Ihr Vorstand des ADFC-Odenwaldkreis

Kontakt:

vorstand@adfc-odenwaldkreis.de

Wahlprüfsteine für den Kreis für die Kommunalwahl in Hessen 2026

1) Das Fahrrad als Problemlöser

Das Fahrrad ist dafür geeignet, kurzfristig und kostengünstig einen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme, zur Verbesserung der Luftqualität und zur Lärmreduzierung zu leisten. Der Radverkehr im Odenwaldkreis soll daher in besonderem Maße gefördert werden, weil dieses Verkehrsmittel in der Vergangenheit lange vernachlässigt wurde.

Position: Zustimmung

Begründung: Der Radverkehr ist ein zentraler Baustein für eine nachhaltige Mobilität. Er reduziert Emissionen, Lärm und Flächenverbrauch und stärkt die Lebensqualität.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die soziale Teilhabe. Wie der Wissenschaftliche Klimabeirat Hessen im September 2025 mitteilte, sind rund 19 % der Haushalte, etwa 545.000, in ihrer Mobilität so stark eingeschränkt, dass ihnen der Zugang zu Arbeits-, Bildungs- und Freizeitangeboten verwehrt oder nur schwer möglich ist. Diese Mobilitätsarmut entsteht vor allem durch die Abhängigkeit vom Auto. Der öffentliche Verkehr ist hier der wichtigste Ansatzpunkt, aber auch gute sichere Radwege können helfen.

Neben besserer Luftqualität und weniger Lärm bringen Radverkehrsmaßnahmen auch mehr Sicherheit und Gesundheit, besonders für Kinder. Und: Den Radverkehr zu fördern, hilft selbst denen, die selbst kein Fahrrad fahren können oder wollen. Wenn viele vom Auto aufs Rad umsteigen, braucht es keine neuen Parkplätze. Gelder für den Radverkehr helfen, Ausgaben für den viel teureren Ausbau von Straßen für den Autoverkehr einzusparen.

Im ländlichen Raum gibt es viel Potenzial für den Radverkehr. Aber der Odenwaldkreis hat Einiges nachzuholen. Es braucht ein jährliches Budget für Investitionen in den Fuß- und Radverkehr.

Wir setzen uns im Odenwaldkreis für den konsequenten Ausbau sicherer Fuß- und Radwege, eine bessere ÖPNV-Anbindung und faire Mobilitätsangebote ein.

2) Lückenschluss-Programm

Das Radverkehrskonzept des Odenwaldes von 2022 hat das Ziel ein lückenloses Radwegenetz zu schaffen. Die Politik soll für die kommende Legislatur ein Umsetzungsprogramm für die hoch-priorisierten Radwegemaßnahmen inklusive Zeit- und Finanzierungsplan vorlegen.

Position: Zustimmung

Begründung:

An erster Stelle sollte die Alltagsmobilität stehen. Wenn Wege zur Arbeit, zur Schule und zum Einkaufen mit dem Fahrrad (ggf. kombiniert mit ÖPNV) zurückgelegt werden, ist viel gewonnen. Dafür braucht es sichere Wegführungen innerorts, zwischen Kernorten und Ortsteilen sowie zwischen den Gemeinden.

Einstimmig hat der Kreistag im Oktober 2022 sein Radverkehrskonzept mit einem Investitionsvolumen von rund 40 Mio € für insg. 450 Einzelmaßnahmen beschlossen, mit dem Ziel ein lückenloses Radwegenetz zu schaffen – Daran muss sich der Kreis nun messen lassen! Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogrammtwurf zur Kreistagswahl die beschleunigte Umsetzung des Radverkehrskonzepts. Der Kreis soll dazu einen mehrjährigen Umsetzungsplan mit klaren Prioritäten und Budgetplanung aufstellen und mindestens jährlich den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung

vorlegen. Zudem braucht es eine verlässliche Finanzierung: mindestens eine Million Euro jährlich für den Kreis und seine Städte und Gemeinden.

Wir wissen, dass die Finanzen der Gemeinden knapp sind. Aber Investitionen in den Radverkehr sparen an anderer Stelle Geld. Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundes- und Landesebene für eine Verbesserung der kommunalen Finanzen ein, s. z.B.

https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/dateien/downloads/autor_innenpapiere/301025-AP-Endlich_machen-Kommunen_st%C3%A4rken.pdf. Der Landkreis muss die Gemeinden bei der Akquise von Fördermitteln aktiv unterstützen.

3) Auf land- und forstwirtschaftlichen Wegen basierende Radwege im Kreisgebiet

Sichere, gut-befahrbare und wetterfeste Radwege sind im Odenwaldkreis sowohl für die Bevölkerung, wie auch den Tourismus wichtig.

Insbesondere **zwischen Ortschaften fehlen sichere** Verbindungswege für Radfahrende. Da es an Alternativen fehlt, werden oftmals land- und forstwirtschaftliche Wege verwendet. Ein bisher ungelöstes Problem bei der Doppelnutzung besteht in der Oberflächen-Instandhaltung. Selbstverständlich entstehen Oberflächenschäden durch die wirtschaftliche Nutzung. Für die Radfahrenden ergibt sich daraus jedoch oftmals eine eingeschränkte Befahrbarkeit.

Für eine (möglichst tägliche) zuverlässige Nutzbarkeit als Radweg fehlt die Sicherheit, dass die Wegeoberfläche gut-befahrbar ist.

Eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten soll für das gesamte Kreisgebiet erarbeitet werden.

Position: Zustimmung

Begründung: Sichere und komfortable Radwege sind eine Grundvoraussetzung für eine echte Verkehrswende im Odenwaldkreis. Diese Forderung ist fest in unserem Wahlprogrammentwurf verankert: Wir wollen bequeme und sichere Fahrradwege für alle.

4) Null Verkehrstote/Schwerverletzte

Die „Vision Zero“ steht dafür, dass es keine Toten und Schwerverletzte im Straßenverkehr geben soll. Auch im Odenwaldkreis soll die Verkehrssicherheit an höchster Stelle stehen. Die Unversehrtheit von Menschen ist wichtiger als der Verkehrsfluss oder die Angst vor Stau. Die „Vision Zero“ soll verpflichtende Grundlage des Verwaltungshandelns werden, auch wenn dadurch die Flüssigkeit des Autoverkehrs reduziert wird. Die Kreisverwaltung soll dabei bereits konkrete Maßnahmen ergreifen, *bevor* es zu Unfällen kommt und nicht erst danach. (z.B. Tempo-Reduktionen und Überholverbote an Stellen, wo Radfahrende schnellbefahrene Straßen kreuzen müssen)

Position: Zustimmung

Begründung: Jeder Verkehrsunfall mit Toten oder Schwerverletzten ist einer zu viel.

Die Sicherheit der Menschen muss Vorrang vor der reinen Flüssigkeit des Autoverkehrs haben. Im Sinne der Verkehrssicherheit muss Schritt für Schritt der Straßenraum umgestaltet werden. Der Maßstab sollten nicht erfahrene, fitte Sportradler*innen sein, sondern Radfahren sollte für alle möglich sein. Gefahrenstellen müssen frühzeitig entschärft werden, durch Maßnahmen wie Temporeduzierungen, sichere Überholverbote und bessere Querungsmöglichkeiten für Radfahrende und Fußgänger. Mobilität darf nicht auf Kosten der Unversehrtheit gehen

Die neuen Möglichkeiten in der Straßenverkehrsordnung zur Anordnung von Fahrradstreifen, Tempo 30 etc. sollten konsequent genutzt werden.

5) Verkehrswege rund um Schulen

Der Odenwaldkreis soll sich als Schulträger für mehr Sicherheit aller Schülerinnen und Schüler im Odenwaldkreis einsetzen und die zwölf Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

Position: Zustimmung

Begründung: Für Kinder ist das Radfahren im Odenwaldkreis vielerorts noch immer viel zu gefährlich. Neben den Städten und Gemeinden als ausführende Akteure muss auch der Kreis Verantwortung übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem er eigene sichere Routen schafft und bestehende Wege verbessert. Das vom Land Hessen Anfang 2023 aufgelegte Förderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei Planung und Bau von Fuß- und Radverkehrsmaßnahmen hat erste Fortschritte ermöglicht: Zwei Stellen für Nahmobilitätskoordination wurden in der Kreisverwaltung eingerichtet. Dennoch braucht es deutlich mehr Tempo, um die Sicherheit rund um Schulen nachhaltig zu gewährleisten.

Die Gemeinden sollen darin unterstützt werden, Schulmobilitätspläne zu erstellen (www.besserzurschule.de/unsere-angebote/schulmobilitaetsplaene/).

Wichtig sind auch ausreichende und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten an den Schulen.

6) Kinder- und Jugendmobilität, sowie Sicherheitstraining für Alle

Die hervorragende Arbeit der Jugendverkehrsschule Odenwaldkreis soll ausgeweitet werden in den Bereichen:

- Weitere Intensivierung zur Befähigung sicherer Verkehrsteilhabe von Kindern und Jugendlichen durch zusätzliche Trainingsangebote
- Praxis-Angebote für Fahrrad-Wiedereinsteiger jeden Alters und Sicherheitstraining
- Angebote im Bereich Erwachsenenbildung und Schulung von Freiwilligen Helfern zur Stärkung der Schulwege-Sicherheit

Position: Zustimmung

Begründung: Es gibt Hinweise darauf, dass immer weniger Kinder das sichere Radfahren beherrschen, ähnlich wie beim Schwimmen. Dadurch fehlen wichtige motorische Fähigkeiten und Verkehrskompetenz. Die Forderung, die Angebote der JVS auszuweiten – mit zusätzlichen Trainings für Kinder und Jugendliche, praxisnahen Kursen für Wiedereinsteiger sowie Programmen für Erwachsene – ist in unseren Augen eine geeignete Maßnahme, um sicherzustellen, dass alle Generationen sicher am Straßenverkehr teilnehmen können.

Die Nahmobilitätskoordinatoren sollten darauf hinwirken, dass die Aktionstage "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" und das Stadtradeln regelmäßig in allen Einrichtungen stattfinden.

7) Öffentlichkeitsarbeit

Radfahrerinnen und Radfahrer werden im Straßenverkehr oft nicht als gleichberechtigt wahrgenommen und werden auch dadurch zu Unfallopfern. Kreis und Polizei soll mit verursacherbezogenen Kampagnen Aufklärungsarbeit leisten. Autofahrerinnen und

Autofahrer müssen sensibilisiert werden für Unfallursachen wie unzureichender Überholabstand, Handynutzung am Steuer, überhöhte Geschwindigkeit, fehlender Schulterblick beim Abbiegen und dem Öffnen von Autotüren.

Auch hier sollten die Jugendverkehrsschule, sowie alle Auto-Fahrschulen im Odenwaldkreis eingebunden werden.

Position: Zustimmung

Begründung: Sicherheit im Straßenverkehr hängt nicht nur von Infrastruktur, sondern auch vom Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden ab.

Verursacherbezogene Kampagnen des Kreises und der Polizei, ergänzt durch die Einbindung der Jugendverkehrsschule und Fahrschulen, halten wir für eine geeignete Maßnahme, um das Bewusstsein zu schärfen und die Rücksichtnahme im Straßenverkehr nachhaltig zu verbessern. Die Initiierung von Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit für den Fuß- und Radverkehr liegt zudem im Aufgabenbereich der Nahmobilitätskoordinatoren des Odenwaldkreises und sollte dort aktiv vorangetrieben werden.

8) Gleichberechtigte Verkehrsflächenverteilung

Alle Menschen (jung bis alt) die keine Möglichkeit haben einen PKW zu verwenden, müssen Alternativen nutzen können, mit welchen sie in akzeptabler Zeit ihr Ziel erreichen können.

Die Verkehrsflächen sollen umverteilt werden, sodass zu-Fuß-gehenden und Radfahrenden Menschen, sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität wieder mehr Raum zur Verfügung steht.

Fahrzeuge des ÖPNV sollen im Verkehrsraum eine Sonderstellung erhalten.

Position: Zustimmung

Begründung: siehe Punkt 1 -> Eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen ist entscheidend für soziale Teilhabe und nachhaltige Mobilität. Rund 19 % der hessischen Haushalte – etwa 545.000 – sind laut Wissenschaftlichem Klimabeirat Hessen (September 2025) in ihrer Mobilität stark eingeschränkt, weil ihnen ohne eigenes Auto der Zugang zu Arbeit, Bildung und Freizeit erschwert ist. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen und ältere Menschen. Um diese Mobilitätsarmut zu überwinden, müssen sichere Fuß- und Radwege sowie eine starke ÖPNV-Infrastruktur geschaffen werden. Die Umverteilung von Verkehrsflächen zugunsten des Umweltverbundes ist daher ein zentraler Schritt für mehr Gerechtigkeit.

9) ÖPNV und Fahrradmitnahme

Im Odenwaldkreis ist die Fahrradmitnahme im ÖPNV momentan oft eingeschränkt.

Hier sollen weitere Angebote bereitgestellt werden. Wichtig wäre eine Fahrradmitnahmeloösung bei Buslinien zu höher gelegenen Orten im Odenwaldkreis. (Ähnlich der Natur-Bus-Idee)

Position: Zustimmung

Begründung: Die Fahrradmitnahme im ÖPNV kann auf bestimmten Strecken eine wichtige Ergänzung sein, gerade in einem Mittelgebirgsraum wie dem Odenwald.

10) Einrichtung eines kreisweiten Fahrradverleihsystems

Die Bereitstellung eines flächendeckenden Systems verbessert nicht nur die Fortbewegungsmittelwahl unserer touristischen Gäste, sondern bietet insbesondere den Odenwälder Bürgerinnen und Bürgern individuelle und spontane Mobilität. Der Odenwaldkreis würde damit eine zukunftsorientierte Mobilität stark voranbringen.

Position: Zustimmung

Begründung: Ein flächendeckendes Fahrradverleihsystem ist eine vielversprechende Idee, die in anderen Landkreisen bereits erfolgreich umgesetzt oder geplant wird, entweder mobilitätsstationsbasiert oder als dezentrales Modell wie das Projekt „LANDRADL“.

11) Beteiligungsformate

Bestehende Beteiligungsformate müssen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der Odenwaldkreis soll einen moderierten „kommunalen Runden Tisch Nahmobilität“ einrichten, an dem Bürger, Verbände, Verwaltung und Politik beteiligt sind.

Position: Zustimmung

Begründung:

Erfreulich ist, dass sich beim ADFC-Fahrradtest und anderen Gelegenheiten zeigt, dass sich überproportional viele Menschen für den Radverkehr einbringen. Auch bei Radverkehrskonzept Odenwaldkreis, Nahverkehrsplan, in Bauleitplanungen, per Mängelmelder etc. gibt und gab es Möglichkeiten, sich einzubringen. Es fehlt oft an der breiten Bekanntmachung der Beteiligungsmöglichkeiten und der ernsthaften Berücksichtigung der eingebrachten Punkte. Ein „Runder Tisch Nahmobilität“ ist eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeit der Nahmobilitätskoordinatoren, in deren Aufgabenbereich auch die Organisation von Beteiligungsprozessen fällt.

12) Fahrradabstellanlagen

Alle Schulen sollen mit ausreichenden, sicheren und wetterfesten Fahrradabstellanlagen ausgerüstet werden. Der Bedarf muss innerhalb der nächsten zwei Jahre festgestellt und gedeckt werden. Zusätzliche Anlagen auf Antrag von Schulen müssen innerhalb von drei Monaten aufgestellt sein.

Position: Zustimmung

Begründung: Bereits Anfang 2024 hat unsere Kreistagsfraktion eine Anfrage zu Fahrradabstellanlagen an Schulen gestellt. Damals gab es an den über 30 Schulen im Odenwaldkreis 773 Stellplätze, davon 305 überdacht. Laut damaliger Auskunft sollten 2024 weitere 74 Anlagen hinzukommen. Dennoch bestehen an einigen Schulen wie der Grundschule Rothenberg in Oberzent, der Grundschule Breuberg/Rai-Breitenbach und der Campushalle TLS in Michelstadt weiterhin große Lücken.

Sichere und wetterfeste Abstellanlagen sind eine Grundvoraussetzung für die Förderung des Radverkehrs und müssen priorität umgesetzt werden.

Mit mobilen Fahrradabstellanlagen für Großveranstaltungen könnte der Kreis ergänzend unterstützen.

13) Finanzielle und personelle Förderungen

Der Odenwaldkreis hat bereits erfolgreich Förderungen beantragt und erhalten.

Er soll sich weiterhin, gerade jetzt, zu „fehlernder-Zeller-Brücke-Zeiten“ um jede Form von Förderungen für den Radverkehr im Kreisgebiet bemühen.

Insbesondere seine Gemeinden und Städte welche im Bereich der Radverkehrsplanung und Fördermittelbeantragung sowohl personell, wie finanziell am Limit sind, muss der Odenwaldkreis stärker unterstützen.

Position: Zustimmung

Begründung: siehe 2 und 5

14) Odenwälder Klimaziele

Der Odenwaldkreis hat sich bereits seit längerem hohe Klimaziele gesetzt.

Eine Umstellung auf zukunftsorientierte Mobilität kann einen hohen Beitrag zum Erreichen dieser Ziele beitragen.

Der Kreis soll dem Ausbau einer Fahrrad- und ÖPNV-basierten Mobilität voranbringen.

Position: Zustimmung

Begründung: Wir haben in mehreren öffentlichen Stellungnahmen der letzten Jahre immer wieder auf den Zusammenhang zwischen dem Erreichen der Klimaziele und der notwendigen CO₂-Reduktion im Verkehr hingewiesen. Der Ausbau einer fahrrad- und ÖPNV-basierten Mobilität ist in diesem Zusammenhang unabdingbar.